

Tchassei, Affo, 2014: Lampedusa in Hamburg/Berlin. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=n1FIBLs4Td8> (27.2.2019).

Der Tagesspiegel, 2015: Flüchtlinge in der EU. Renzi: „Wenn dies eure Idee von Europa ist, dann könnt Ihr sie behalten“, 26.6.2015. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-der-eu-renzi-wenn-dies-eure-idee-von-europa-ist-dann-koennt-ihr-sie-behalten/11972586.html> (7.8.2019).

Transnationale queere Solidarität als „burden of the fittest“? Zur Problematik einer Einpassung von LGBTIQ*-Rechten in die Logik von Entwicklungszusammenarbeit

CHRISTINE M. KLAPEER

Internationale Solidarität gilt bis heute als zentrale ethisch-normative wie politische Grundlage für die Vergabe von (sogenannter) Entwicklungshilfe und damit von Entwicklungszusammenarbeit selbst (Kesselring 2014; Lancaster 2007). Trotz beträchtlicher globalpolitischer Veränderungen des entwicklungspolitischen Gefüges¹ sowie einer Zunahme entwicklungskritischer Stimmen spätestens seit den 1980er-Jahren, die die Reproduktion von epistemischen und strukturellen Asymmetrien sowie die Fortschreibung rassistischer (Repräsentations-)Logiken durch den „Entwicklungsapparat“ (Escobar 1988, 428; vgl. auch Escobar 2012/1995; Kapoor 2008; Kothari 2005a) problematisierten, operiert eine Vielzahl internationaler und nationaler (Entwicklungs-)Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) weiterhin mit dem Begriff der Solidarität, um für ihre Arbeit zu mobilisieren oder diese zu legitimieren.² Nicht zuletzt fanden im Namen der Solidarität auch zahlreiche institutionelle Reformen und epistemisch-diskursive Verschiebungen innerhalb entwicklungspolitischer Strukturen und Arbeitsweisen statt. In diesem Zusammenhang kann im deutschsprachigen Raum etwa die Ablösung des Begriffs der *Entwicklungshilfe* durch das (vermeintlich) egalitärere Konzept der *Entwicklungszusammenarbeit* genannt werden; ebenso zu erwähnen sind die zahlreichen geschlechterpolitischen Anstrengungen, vormals marginalisierte Gruppen oder Problemstellungen durch die Implementierung *inklusive*er Entwicklungskonzepte und -strategien, wie z. B. durch den Human Rights Based Approach (HRBA) oder den Gender and Development Approach (GAD), entsprechend zu berücksichtigen. Seit einem guten Jahrzehnt setzen sich auch besonders jene europäischen Geber* – allen voran Schweden – für eine Implementierung sogenannter SOGI³-sensibler bzw. LGBT(IQ)⁴-inklusive Entwicklungsstrategien ein, die in der Tradition eines „Nordic internationalism“ stehen und ebenfalls das Konzept der Solidarität bzw. eines transnationalen Humanitarismus als Legitimationsfigur für ihr entwicklungspolitisches Engagement mo-

bilisieren (Elgström/Delputte 2016). Schweden ist neben Dänemark, Norwegen und den Niederlanden auch eines jener Länder, das 2014 nach der Verabschiedung der (mittlerweile wieder außer Kraft gesetzten) Anti-Homosexuality Bill in Uganda eine Kürzung seiner Entwicklungshilfegelder vorgenommen hat. Diese Entwicklungshilfekürzungen wurden innerhalb europäischer Geber*gemeinschaften ebenso wie in einigen Entwicklungs-, Menschenrechts- und LGBTIQ*-Organisationen im Globalen Norden als eine Form und ein Zeichen der Solidarität mit LGBTIQ*s in Uganda interpretiert, auch wenn viele LGBTIQ*-Aktivist*innen aus Uganda selbst bzw. aus anderen afrikanischen Staaten mit ähnlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen diese Solidarität als neue Form einer kolonial-rassistischen „civilizing mission“ ablehnten oder zumindest in ihrer Ausrichtung und Wirkung problematisierten (Abbas 2012, o.S.; vgl. auch African Statement to British Government on Aid Conditionality 2013/2011). Aus einer postkolonialen, dekolonialen und rassismuskritischen Perspektive stellt sich das Verhältnis von (transnationalen) Solidarität, LGBTIQ*-Rechten und Entwicklungszusammenarbeit folglich insgesamt als sehr viel widersprüchlicher und spannungsreicher dar, als dies zahlreiche entwicklungspolitische Diskurse, Artikulationen und Ansätze suggerieren.

Auf der Basis einer Zusammenführung von Erkenntnissen aus dem Bereich der postkolonialen und radikalen Entwicklungsforschung (u.a. Baaz 2005; Escobar 2012; Kapoor 2008; Kothari 2005a) und queeren Auseinandersetzungen mit homonationalistischen Implikationen globaler LGBTIQ*-Politiken (u.a. Haritaworn/Erдем/Tauqir 2008; Puar 2007; Rao 2014) diskutiert dieser Beitrag auf einer konzeptionell-theoretischen Ebene das Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungszusammenarbeit und transnationaler queerer Solidarität. Es wird gefragt, welche Vorstellungen von Solidarität und Verantwortung aktuellen LGBTIQ*-inklusiven bzw. SOGI-sensiblen Entwicklungsstrategien und -diskursen zugrunde liegen und welche Konzepte von Entwicklung, Hilfe oder Intervention in diesem Zusammenhang entworfen und gleichzeitig legitimiert werden.⁵

Im ersten Teil des Beitrags wird gezeigt, wie aktuelle entwicklungspolitische Konzepte einer transnationalen queeren Solidarität vor dem Hintergrund etablierter modernisierungstheoretischer und developmentalistischer Annahmen und Deutungslogiken Gefahr laufen, mangelnde LGBTIQ*-Rechte zum Entwicklungsproblem zu erklären und damit das Modell einer nachholenden Entwicklung zu aktualisieren. Daran anschließend diskutiert der Beitrag auf der Basis postkolonialer Entwicklungskritiken die selbstaffirmativen Implikationen entwicklungspolitischer Praxen der Solidarität und untersucht, inwieweit diese als eine Form der „okzidentalistische(n) Selbstvergewisserung“ (Brunner/Dietze/Wenzel 2009, 13) interpretiert werden können. In einem letzten Teil geht der Beitrag der Frage nach, inwiefern eine Viktimisierung von LGBTIQ*s im Globalen Süden bzw. insgesamt eine Spektakularisierung (Mwikya 2013) von Gewalt gegen LGBTIQ*s in den sogenannten Partnerländern als zentraler diskursiver Bedingungsrahmen für transnationale queere Solidarität fungiert. Angesichts aktueller globaler Kräfteverhältnisse und einer anhaltenden